



CGFP

fonction publique

compact

numéro 19, octobre 2016
paraît 4 fois par an
5^{ème} année

CGFP strikt gegen erwogene Teil-Privatisierung von ANA-Zuständigkeiten

Auch wenn die Anflugkontrolle nun nicht ausgelagert werden soll, zeigt sich die CGFP bestürzt über das Vorhaben der Regierung, bestimmte Zuständigkeitsbereiche der „Administration de la navigation aérienne“ (ANA) an die luxAirport s.a. übertragen zu wollen und somit zumindest eine Teilprivatisierung der bisher zur vollsten Zufriedenheit von der ANA durchgeführten Aufgaben vorzunehmen.

Als „völlig inakzeptabel“ wertet die CGFP die Herangehensweise, sich über Lösungen hinwegzusetzen, die in langwierigen Schlichtungsverfahren erzielt wurden. So war bereits 2014 zurückbehalten worden, der ANA, als Flughafenbetreiber, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine Zertifizierung zu erlangen.

Die ANA, als frühere Flughafenverwaltung, hat in der Tat schon mehrere Zertifizierungsprozesse mit Bravour bestanden (Flugsicherungsdienstleister, Qualitätsmanagement laut ISO 9001, „Prix luxembourgeois de la qualité et de l'excellence“) und ist bestens befähigt, die Koordination der Flughafenzertifizierung laut neuesten EASA-Normen zu gewährleisten.

Schon 2001 wurden Kompetenzen der damaligen Flughafenverwaltung beschnitten. Der Tatsache, dass die Regierung nun bereits wieder beabsichtigt, weitere Aufgabenbereiche der ANA an luxAirport zu übertragen, kann die CGFP nur eine klare Absage erteilen.

Die CGFP wird die weiteren Entwicklungen mit wachsamem Auge verfolgen und behält sich das Recht vor, gegebenenfalls mit geeigneten gewerkschaftlichen Mitteln zu reagieren. **s.h.**

Staatskonten: CGFP sieht sich bestätigt

Nach Bekanntgabe der Jahreskonten für das Jahr 2015 sieht sich die CGFP in ihrer Haltung bestätigt. Entgegen der von interessierten Kreisen immer wieder verbreiteten Meinung, die staatlichen Finanzen seien schlecht und erforderten deswegen nach wie vor weitreichende Austeritätsmaßnahmen, hat die CGFP immer wieder gegen diesen politischen Zweckpessimismus angekämpft. Gestützt werden konnte sich dabei stets auf amtliche Erhebungen, die dem Durchschnittsbürger offensichtlich vorenthalten werden sollten.

Noch in der jüngsten Ausgabe von „fonction publique“, dem Presseorgan der CGFP, war unter dem Titel „Papa Staats bemerkenswerter Kassensturz für 2015“ darauf hingewiesen worden, dass 2015 laut Budgetgesetz ein Defizit von 568 Millionen Euro vorgesehen war, beim „laufenden Budget“, also ohne Investitionsausgaben und Verschuldungseinnahmen, aber ein Überschuss von 480 Millionen. Tatsächlich aber wurde beim laufenden Haushalt ein Überschuss von 862 Millionen erzielt, d.h. 382 Millionen oder 80 % mehr im Vergleich zur Planvorgabe.

Auch die Mehrwertsteuer erbrachte 2015 130 Millionen Euro oder 3,8 % mehr Einnahmen als veranschlagt, die „Taxe d'abonnement“ 130 Millionen Euro oder sogar 16,4 % mehr als erwartet und die Enregistrement-Gebühren 46 Millionen oder 26,6 % mehr. Die enormen

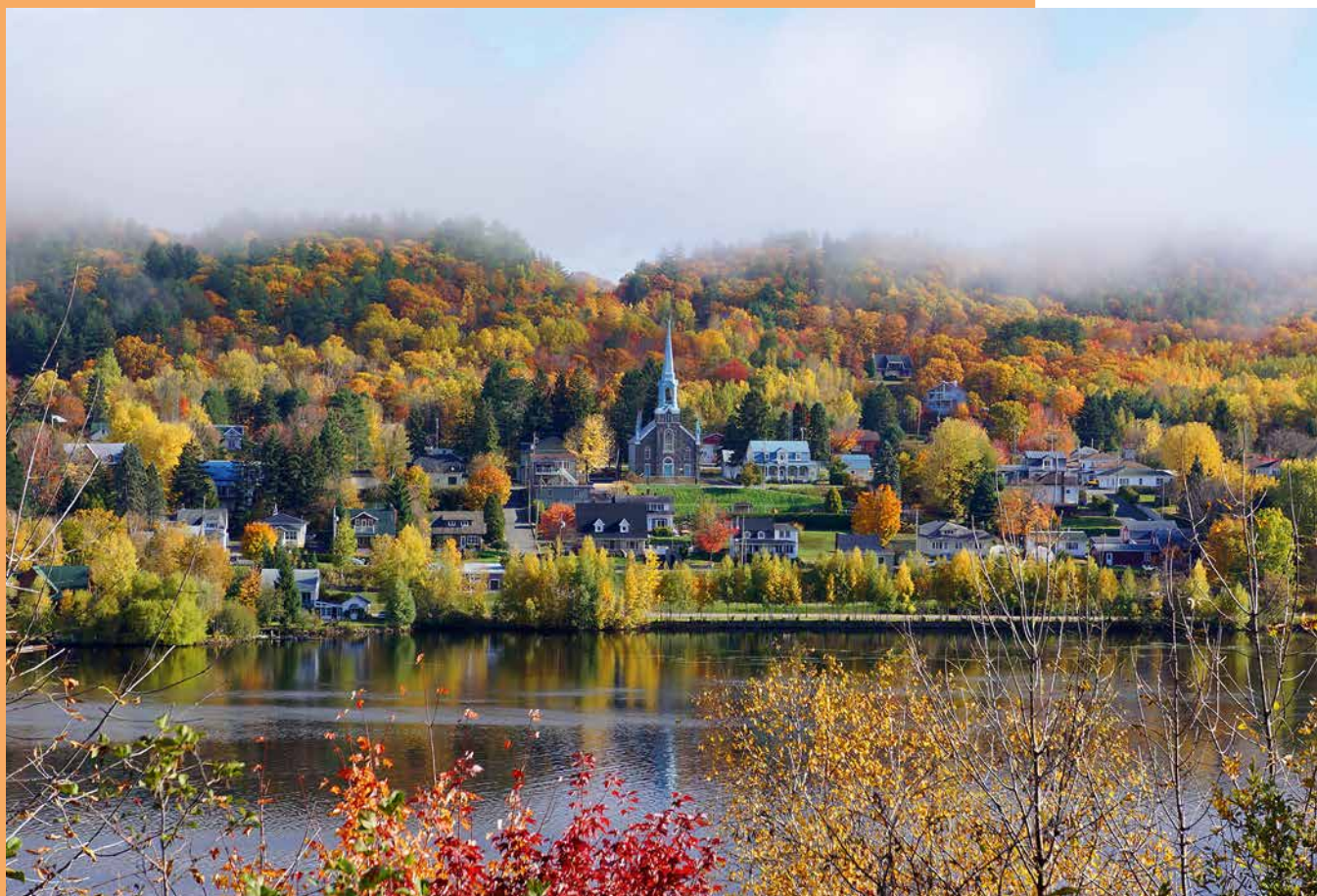
Steigerungssätze bewiesen somit im Rückblick, dass die Planung des Finanzministers und der Regierung sehr happige Unterschätzungen enthielt, hieß es weiter.

Laut offizieller Pressemitteilung der Regierung vom 26. September 2016 schließt die öffentliche Verwaltung nun in der Tat mit einem Überschuss von 796 Millionen Euro ab, und das Defizit der Zentralverwaltung beläuft sich letztlich noch auf gerade einmal 176 Millionen Euro (gegenüber 841 Millionen, die in der Haushaltsvorlage vorgesehen waren). Selbst beim elektronischen Handel liegt der Ausfall weit entfernt von den befürchteten und zur Rechtfertigung der TVA-Erhöhung immer wieder erwähnten 700 Millionen Euro.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Zahlen sieht sich die CGFP nicht nur in ihrer Haltung bestätigt, sondern fordert zugleich, die privaten Haushalte, die die für 2017 anberaumte Steuerreform zu einem großen Teil vorfinanziert haben, an dieser überaus günstigen Entwicklung teilhaben zu lassen. Laut CGFP dürfte es jetzt jedenfalls schwierig werden, noch Argumente zu finden, um eine Nullrunde im öffentlichen Dienst zu rechtfertigen, heißt es mit Blick auf die laufenden Verhandlungen zu einem neuen Besoldungsabkommen – das umso mehr, als die Steuerreform nicht in dem Maße nachgebessert worden sei, wie man sich das hätte erwarten können. **s.h.**



PERIODIQUE	
	LUXEMBOURG
Envois non distribuables à retourner à: L-3290 BETTEMBOURG	Port payé PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Rentrée sociale bei der CGFP

Die Wirtschaftslage des Landes und die Entwicklung der staatlichen Finanzen waren nur zwei Kernthemen bei der diesjährigen Rentrée sociale der CGFP, die am Montag, dem 17. Oktober 2016, am Hauptsitz der CGFP in Luxemburg-Merl stattfand.

Mit Genugtuung nahmen die CGFP-Delegierten die Jahreskonten für das Jahr 2015 zur Kenntnis, die weitaus besser ausfielen als ursprünglich noch angenommen. Laut offizieller Pressemitteilung der Regierung vom 26. September 2016 schloss die öffentliche Verwaltung in der Tat mit einem Überschuss von 796 Millionen ab, und das Defizit der Zentralverwaltung beläuft sich letztlich noch auf gerade einmal 176 Millionen Euro, gegenüber 841 Millionen, die in der Haushaltsvorlage vorgesehen waren.

Die CGFP fühlt sich demnach bestätigt in ihren Einschätzungen, dass die staatlichen Finanzen weitaus gesünder seien als von interessierter Seite immer wieder behauptet. Dass die Inflation aufgrund steigender Ölpreise wieder anziehe, wurde gleichsam zur Kenntnis genommen. Begrüßenswert sei in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die nächste Index-Tranche voraussichtlich noch vor Jahresende erfallen solle, wohl wissend, dass es sich dabei nicht um eine reelle Lohnerhöhung, sondern um einen verspäteten Ausgleich des Kaufkraftverlustes handle.

Die Aufnahme einer weiteren Staatsanleihe, insbesondere zur längerfristigen Finanzierung von Infrastrukturen (Schulen, öffentlicher Transport, Straßenbau usw.), im Interesse kommender Generationen wertet die CGFP als durchaus verständlich. Es könne allerdings nicht angehen, dass diese Gelder zur Finanzierung von laufenden Ausgaben verwendet würden.

Bezüglich der zum 1. Januar 2017 in Kraft tretenden Steuerreform hätten sich die CGFP-Vorstände weitreichendere Maßnahmen hin zu mehr Steuergerechtigkeit erwartet. Insbesondere die privaten Haushalte, welche die Steuerreform mit der Einführung der ausschließlich zu ihren Lasten gehenden 0,5%-Abgabe und der Erhöhung der Mehrwertsteuer zu weiten Teilen vorfinanziert hätten, hätten gegenüber den Unternehmen deutlicher entlastet werden müssen, um endlich die Steuerlast wieder gerechter zu verteilen und die Balance erneut herzustellen. Das derzeit bestehende Ungleichgewicht zwischen Unternehmen und Privathaushalten würde mit dieser Steuerreform jedenfalls



Mit fester Entschlossenheit sprach sich der CGFP-Nationalvorstand gegen die erwogene Teilprivatisierung von Zuständigkeiten der „Administration de la navigation aérienne“ (ANA) auf Findel aus

nicht aus der Welt geschaffen, bedauerten die CGFP-Delegierten.

Was die Reform der Pflegeversicherung betrifft, erneuerte die CGFP-Vorstandskonferenz ihre Forderung nach einer qualitativ hochwertigen Pflege für Bedürftige, die nicht mehr in der Lage seien, Aktivitäten des täglichen Lebens („actes essentiels“) alleine auszuführen. Dass die bisherige „Cellule d'évaluation et d'orientation“ künftig unter der Bezeichnung „Autorité d'évaluation et de contrôle des prestations de l'assurance dépendance“ als eigenständige Verwaltung arbeiten sollte, wurde mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, kommt der Gesetzentwurf damit doch einer langjährigen Forderung der CGFP nach, die sich seit jeher für eine Trennung der „Cellule“ von der IGSS stark gemacht hat, um so eine völlige Unabhängigkeit zu gewährleisten. Genau wie die Berufskammer der öffentlichen Bediensteten in ihrem Gutachten, konnte auch die CGFP-Vorstandskonferenz dem Reformvorhaben der Pflegeversicherung nicht in seinem ganzen Umfang zustimmen, weil eine ganze Reihe großherzoglicher Verordnungen, welche die Ausführungsbestimmungen beinhalteten, noch fehlten.

Stichwort Elternurlaub: Insgesamt steht die CGFP der Neuregelung durchaus positiv gegenüber. Zu hoffen bleibe allerdings, dass alle Beteiligten den Neuerungen in Richtung einer größeren Flexibilität auch gerecht würden. Nur auf diese Weise könne

die eigentliche Zielsetzung erreicht werden, nämlich, dass aus einer rein arbeitsrechtlichen Maßnahme eine familienfreundliche Regelung werde.

Mit fester Entschlossenheit sprach sich der CGFP-Nationalvorstand gegen die erwogene Teilprivatisierung von Zuständigkeiten der „Administration de la navigation aérienne“ (ANA) auf Findel aus. Bereits vor Jahren habe die damalige Regierung diese staatliche Verwaltung mit fadenscheinigen Argumenten in eine öffentliche Einrichtung umwandeln wollen. Nun wolle die Regierung offensichtlich noch einen Schritt weitergehen, um Kompetenzen der ANA auf die privatrechtlich geführte luxAirport S.A. zu übertragen, obwohl die Verwaltung bestens aufgestellt sei, diese Aufgaben, als Flughafenbetreiber, wahrzunehmen. Gestützt wird sich auf Gewerkschaftsseite dabei auf ein Schlichtungsprotokoll aus dem Jahre 2014, in dem unmissverständlich festgehalten wurde, der ANA die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine Zertifizierung zu erlangen.

Schließlich wurde noch einmal auf die durchaus erfolgreiche Anti-TTIP- und Anti-CETA-Protestaktion vom vergangenen 8. Oktober mit weitaus über 4.000 Teilnehmern erinnert. Mit ihrer Teilnahme habe die CGFP insbesondere auf die Gefahr der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen hinweisen und sich solchen Privatisierungstendenzen entschlossen entgegenstellen wollen. **s.h.**

CGFP-Newsletter
Immer topaktuell unter www.cgfp.lu



40 Jahre Bausparen in Luxemburg

Das Bausparen, heute in Luxemburg eine populäre Selbstverständlichkeit, feiert derzeit sein 40-jähriges Bestehen. Die Einführung in Luxemburg geschah nämlich in den Jahren 1976-1977 und geht ursprünglich zurück auf Gespräche zwischen CGFP-Generalsekretär Joseph Daleiden und Staatsminister Pierre Werner und auf anschließende jahrelange Anstrengungen der CGFP.

In den sechziger Jahren gewährte die Privatbeamten-Pensionskasse den Angestellten des Privatsektors sehr günstige Hypothekendarlehen, so dass die 1967 entstandene CGFP sofort die Forderung nach einer ähnlichen Fürsorge für den öffentlichen Dienst erhob. Weil aber die Regierung glaubte, die prekäre Lage der Staatsfinanzen ermögliche es dem öffentlichen Dienstherrn nicht, seinem Personal günstige Darlehen zu gewähren, schlug der damalige Regierungschef Werner vor, die CGFP solle sich um die Einführung in Luxemburg des Bausparens nach dem sehr erfolgreichen deutschen Modell bemühen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit der Staatssparkasse.

Da die Staatsbank jedoch, trotz eindeutiger Weisungen ihres Besitzers, kein attraktives und zweckdienliches Angebot unterbreitete, musste sich die CGFP anderswo umsehen. Sie fand einen aufmerksamen und hilfsbereiten Gesprächspartner bei der BHW-Bausparkasse aus Hameln in Niedersachsen, die damals bereits seit über 40 Jahren als gemeinnütziger Kreditgeber für den Wohnungsbau der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Deutschland tätig war.

Sie war somit sogar noch älter als das deutsche Bauspargengesetz aus dem Jahre 1931, da sie ihre Geschäftstätigkeit bereits 1928 unter dem Namen Beamtenbausparkasse/Heimstättengesellschaft aufgenommen hatte, als ausschließlicher Dienstleister für den öffentlichen Sektor in Deutschland.

Die ersten Kontakte der Luxemburger Staatsbeamtenkammer und der CGFP mit dem Beamtenheimstättenwerk im Jahre 1969 führten ab 1973 zu intensiveren Verhandlungen und erlaubten, nach Überwindung zahlreicher Hürden, das Unterzeichnen eines Kooperationsvertrages zwischen der Cœuvre CGFP d'Épargne-Logement und dem Beamtenheimstättenwerk am 8. Oktober 1976, also vor 40 Jahren.

Die Cœuvre war bereits im Jahre 1974 ins Leben gerufen worden und wurde staatlicherseits als gemeinnützige Anstalt anerkannt. Satzungsgemäß ist es Zweck des Werkes, für die Luxemburger öffentlichen Bediensteten,



Die ersten Kontakte der Luxemburger Staatsbeamtenkammer und der CGFP mit dem Beamtenheimstättenwerk im Jahre 1969 führten ab 1973 zu intensiveren Verhandlungen und erlaubten, nach Überwindung zahlreicher Hürden, das Unterzeichnen eines Kooperationsvertrages am 8. Oktober 1976, also vor 40 Jahren.

Foto: Pierre Heiliger

vor allem für die Mitglieder der CGFP und der ihr angeschlossenen und befreundeten Gewerkschaften, die erforderlichen Voraussetzungen für den Bau und den Erwerb sowie den Erhalt und die Verbesserung einer eigenen Wohnung zu schaffen, und insbesondere die erforderlichen Geldmittel zu möglichst günstigen Bedingungen zu finden.

Nach Erhalt der erforderlichen Ermächtigung durch den Finanzminister kam es am 1. Februar 1977 zur Eröffnung der Luxemburger BHW-Niederlassung. Damit war das Bausparen operationell in Luxemburg angekommen. In späteren Jahren weitete sich die Kundschaft des BHW auf den Privatsektor aus, und auch andere deutsche Bausparkassen ließen sich in Luxemburg nieder.

Die Anfangsjahre waren von allerlei Schwierigkeiten geprägt, doch durch zahlreiche Initiativen zur Förderung des Spargedankens im Großherzogtum gelang es der Cœuvre CGFP d'Épargne-Logement nach und nach, das authentische, sich selbst tragende Bausparen im Kollektiv als ein wirksames Selbsthilfswerk nachhaltig heimisch zu machen.

So wurde nach deutschem Vorbild auch in Luxemburg die steuerliche Abzugsfähigkeit der Bausparbeiträge gesetzlich durchgesetzt. Zudem erlaubten günstige Zwischenfinanzierungen den öffentlich Bediensteten einen schnellen Erwerb der eigenen Wohnung, lange bevor ihnen ihr eigentliches Bauspardarlehen zugeteilt wurde, weil die Cœuvre die hierzu erforderlichen Finanzmittel beschaf-

fen konnte. Hervorzuheben ist, dass diese Anstrengungen der Cœuvre entscheidend unterstützt wurden durch den damaligen Staats- und Finanzminister Jacques Santer.

Die Geschäftstätigkeit des BHW in Luxemburg nahm somit einen schnellen und anhaltenden Aufschwung, obschon nunmehr auch die traditionellen Luxemburger Banken der Finanzierung des familiären Wohnungsbaus eine größere Aufmerksamkeit widmeten.

Derzeit betreut die Luxemburger BHW-Niederlassung über 60.000 Kunden, die Bauspareinlagen erreichen 550 Millionen Euro und die Finanzierungen fast 1,1 Milliarden Euro. Dieses Geschäftsvolumen, von dem vier Fünftel auf den öffentlichen Dienst und ein Fünftel auf Kunden aus dem Privatsektor entfallen, konnte sich in den drei letzten Dekaden alle 10 Jahre verdoppeln.

Eine lange Erfolgsstory also mit vielversprechender Zukunft, nachdem 2004 die vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Cœuvre und der BHW-Bausparkasse neu ausgehandelt worden sind in der Entschlossenheit, „ihre langjährige, erfolgreiche Zusammenarbeit im Interesse der öffentlich Bediensteten in Luxemburg weiterzuführen, zu vertiefen und auszuweiten und (...) dabei den veränderten Umständen Rechnung (zu) tragen.“

Paul Zimmer



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**

488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg

Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29

E-mail: cgfp@cgfp.lu

Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-30

Impression: Saint-Paul Luxembourg s.a.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.

Erfolg, Vertrauen und Beständigkeit

BHW und „Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement“ blicken auf 40-jährige Kooperation zurück

Im Rahmen einer schlichten, aber gediegenen Feierstunde begingen die BHW Bausparkasse und die „Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement“ den 40. Jahrestag ihrer überaus fruchtbaren Zusammenarbeit. Im Jahre 1976 hatte die „Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement“ die BHW Bausparkasse nach Luxemburg geholt mit dem Ziel, Staatsbediensteten Geldmittel zum Wohnungsbau zu günstigen Bedingungen zu vermitteln. Am 8. Oktober 1976 war der entsprechende Kooperationsvertrag unterzeichnet worden.

Es oblag dem Vorsitzenden der „Oeuvre“, Joseph Daleiden, alle an der Feierstunde teilnehmenden Gäste recht herzlich zu begrüßen, darunter in erster Linie die Führungsspitze der BHW Bausparkasse aus Deutschland, die Gäste der Geburtsstunde, die Gewerkschaftsführung des staatlichen und kommunalen öffentlichen Dienstes, die Belegschaft der BHW Niederlassung Luxemburg, die Bausparberater sowie alle am Unternehmen beteiligten Partnervertreter. Ganz besonders erfreut zeigte sich Joseph Daleiden, Ehrenstaatsminister Jacques Santer willkommen zu heißen, „er, der als Finanzminister und Regierungspräsident, als Nachfolger von Staatsminister Pierre Werner, der übrigens den Anstoß zur ‚Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement‘ gegeben hatte, unserem Wirken stets seine besondere Aufmerksamkeit bekundete und fürsorgliche Unterstützung zuteil werden ließ“. Auch als EU-Kommissionspräsident habe Jacques Santer sowohl die europäische BHW-Tätigkeit als auch das Wirken der europäischen Bausparkassenvereinigungen aktiv begleitet und gefördert.

In seinen weiteren Ausführungen kam der „Oeuvre“-Präsident nicht umhin, an die Schwierigkeiten vor 47 Jahren zu erinnern, als die ersten Anstrengungen seitens der Berufsorganisation der luxemburgischen öffentlichen Funktion unternommen wurden, um der Beamenschaft den Zugang zum Eigenheim zu erleichtern. Und gerade auch vor diesem Hintergrund wolle er, Joseph Daleiden, die Gelegenheit nutzen, Herrn Kurt Holland-Letz für die Beratungen und Hilfestellungen in all den Jahren sehr herzlich zu danken.

Als am 2. Februar 1977 die gemeinsame Tätigkeit von „Oeuvre“ und BHW mit großer Resonanz eingeleitet worden sei, sei „die unselige Allianz der überrumpelten staatlichen wie auch nicht öffentlichen Konkurrenz“ in Aufruhr gewesen und habe sich in den Weg gestellt. Es seien damals Dr. Harald Schmit von der BHW-Geschäftsführung, sekundiert von Kurt Holland-Letz gewesen, die dem Unternehmen, mit dem Sukkurs von hochrangigen Experten, zur Seite gestanden hätten, um den Durchbruch, der unter schwierigsten Umständen erzielt worden sei, sicherzustellen. In der Folge sei es Dr. Udo Rödel gewesen, der sich mit Zielstrebigkeit und Feingefühl „dem



Das gemeinsame Werk von BHW und „Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement“ sei in Luxemburg längst wegweisend geworden auf dem Gebiet der Wohnungs-Kreditbeschaffung, stellte „Oeuvre“-Präsident Joseph Daleiden zufriedenstellend fest

Luxemburg-Unternehmen“ angenommen habe und es nach Anpassung des Kooperationsvertrages in geordnete und sichere Bahnen gesteuert habe.

Auf luxemburgischer Seite hätten durch ihr Wirken zum Erfolg des Unternehmens maßgeblich beigetragen: die Kollegen Albert Hansen, Paul Zimmer, Paul-Henri Meyers, Paul Lauterbour, Emile Haag, Pierre Trausch, Roland Rinnen, Marc Poos, die beiden Weggefährten der ersten Stunde, Félix Haas und Fernand Masson, die leider verstorben sind, so wie der verdienstvolle Geschäftsführer Roger Nicolay, der in der Person von Georges Muller einen würdigen Nachfolger gefunden habe.

Das gemeinsame Werk von BHW und „Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement“ sei in Luxemburg längst wegweisend geworden auf dem Gebiet der Wohnungs-Kreditbeschaffung, fuhr Joseph Daleiden fort. Dank der guten Bezie-



Mit ihrem gemeinsamen Gedanken hätten BHW und „Oeuvre“ bereits in den 70er Jahren einen Teil der europäischen Verständigung vorweggenommen, meinte in seinem Grußwort Lars Stoy, Vorstandsvorsitzender der BHW Bausparkasse

hungen zum Deutschen Beamtenbund habe die Verbindung zum BHW hergestellt werden können. Dies habe schließlich dazu geführt, dass nach acht Jahren intensiver Bemühungen, die durch Höhen und Tiefen gekennzeichnet gewesen seien, eine authentische, sich selbst tragende Bausparkasse, und zwar das Beamtenheimstättenwerk gleichsam von der „Oeuvre“ nach Luxemburg geholt werden konnte. So habe sich das Bausparen von Anfang an durchsetzen können. Und letztlich habe die Einführung des Bausparens in Luxemburg unmittelbare Auswirkungen auf das allgemeine Geschäftsgebaren der hiesigen Banken gehabt, was sich schließlich wohltuend zugunsten aller einheimischen Kreditnehmer erwiesen habe.

Vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise und der zumindest fragwürdigen Zinspolitik der EZB habe die BHW Bausparkasse mit innovativen Produkten ihr Anpas-

Fortsetzung siehe Seite 7



„Oeuvre“-Präsident Joseph Daleiden, umgeben von (v.l.n.r.) Geschäftsführer Georges Muller, dem BHW-Vorstandsvorsitzenden Lars Stoy, Ehrenstaatsminister Jacques Santer, Wirtschaftsrat Paul Zimmer und Rechtsbeistand Albert Hansen

Fotos: Steve Heiliger



En ligne avec vous

Home

L'assurance HABITATION nouvelle génération.
baloise.lu/home


CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél.: (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

BHW und „Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement“ blicken auf 40-jährige Kooperation zurück

sungsvermögen erneut unter Beweis gestellt. So könne die „Oeuvre“, als Kooperationspartner, auf dem einheimischen Markt mit besten Ergebnissen aufwarten – ein Beweis dafür, dass die Zukunft des authentischen Bausparens allen Widerwärtigkeiten zum Trotz und auch unter anders gelagerten Voraussetzungen gesichert sei. Mit der BHW Niederlassung Luxemburg, so Joseph Daleiden abschließend, die im Jahre 1977 von Herrn Karl Otto Schroeder mit Tatkraft geleitet worden sei und heute unter der ausgewogenen Führung von Herrn Achim Vogt, unterstützt vom unermüdlischen Direktionsbeauftragten für den öffentlichen Dienst, Lothar Meyer, stehe, unterhalte die „Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement“ eine enge, konstruktive Beziehung, die maßgeblich zum Erfolg der partnerschaftlichen Zusammenarbeit beitrage.

Im Namen der BHW Bausparkasse sprach der Vorstandsvorsitzende der BHW, Lars Stoy, von „einem ganz besonderen Jubiläum“. Verglichen mit vielen, immer wieder kurzlebigeren Trends, die man in der Finanzindustrie sehe, sei der 40. Jahrestag der Zusammenarbeit gewiss ein Grund zum Feiern. BHW und „Oeuvre“ hätten allen Grund, stolz zu sein, „auf unsere langjährige, solide und vertrauensvolle Kooperation“, auch auf 40 Jahre gelebte Partnerschaft und – letztlich – auf 40 Jahre Erfolg. Bereits im Jahre 1976 sei das Bausparen in

Deutschland sehr erfolgreich gewesen. „Es war schon immer ein Ziel der Menschen, sich ein Darlehen abzusichern durch eine Sparphase, um dann kapitalmarktunabhängig zu finanzieren.“ Eigentümer des BHW sei damals die Schwesterorganisation der „Oeuvre“, der Deutsche Beamtenbund, gewesen. Und tragender Gedanke des BHW sei seit seiner Gründung schon die Idee der Selbsthilfe für Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst gewesen. Mit festgelegten Monatsraten und damals auch schon mit einer staatlichen Unterstützung hätten sie Eigenkapital bilden können, um dann in das eigene, von BHW mitfinanzierte Heim zu ziehen.

Ganz in diesem Sinne sei am 8. Oktober 1976 das Kooperationsabkommen zwischen der BHW Bausparkasse und der „Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement“ unterzeichnet worden, eben mit dem Ziel, auch dem öffentlichen Dienst in Luxemburg dieses Produkt mit dauerhaft niedrigen und vom Kapitalmarkt unabhängigen Zinsen zur Verfügung zu stellen. Anfang Februar 1977 habe schließlich die BHW Niederlassung Luxemburg eröffnet werden können. Und heute könnten wir demzufolge auf 40 Jahre erfolgreiche gemeinsame Tätigkeit zurückblicken.

Die „Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement“, und mit ihr deren Vorsitzender, seien stets Garant gewesen für Kontinuität und Stabilität.

Diese Stabilität habe sich gerade auch in den letzten Jahren immer wieder bewährt. Seine persönlichen Beziehungen, so Lars Stoy, zu „Oeuvre“-Präsident Joseph Daleiden seien von Anfang an konstruktiv und von Vertrauen geprägt gewesen.

Mit ihrem gemeinsamen Gedanken hätten BHW und „Oeuvre“ also bereits in den 70^{er} Jahren einen Teil der europäischen Verständigung vorweggenommen, während andere noch davon geträumt hätten. Oder anders ausgedrückt: „Wir haben kräftig am europäischen Haus gebaut, während andere noch am Bauplan feilten“. Und das gemeinsame Haus habe ein solides Fundament gehabt, „auf dem sich aufbauen ließ“. Inzwischen habe das gemeinsame Haus eine bemerkenswerte Größe erreicht. So seien in den vergangenen 40 Jahren grob überschlagen fünf Milliarden Euro an Baufinanzierungsmitteln, überwiegend an den öffentlichen Dienst in Luxemburg, ausbezahlt worden.

Für das BHW, so Lars Stoy abschließend, sei der öffentliche Dienst in den 70^{er} Jahren gewissermaßen eine Eintrittskarte nach Luxemburg gewesen. Und diese Eintrittskarte sei weiterhin maßgeblich dafür verantwortlich, „dass wir uns sehr wohl fühlen in Luxemburg“. Und mit der „Oeuvre“ pflege die BHW eine Partnerschaft, die, neben Erfolg, von Vertrauen und Beständigkeit gekennzeichnet sei. **s.h.**

LuxDidac 2016

Bereits zum 21. Mal in Folge fand zu diesem Schulanfang die vom „Syndicat National des Enseignants“ (SNE/CGFP) und von der „Fédération Générale des Universitaires au Service de l'Etat“ (FEDUSE/CGFP) organisierte LuxDidac in den Mehrzweckräumen des „Forum Geesseknäppchen“ in Merl statt. Vom 27. bis 29. September präsentierten auch in diesem Jahr in- und ausländische Verleger didaktisches Zusatzmaterial, das sich sowohl an Lehrer und Professoren als auch an Eltern und Erzieher richtete. Auf einer Ausstellungsfläche von mehr als 600 Quadratmetern fanden die Besucher ein mannigfaltiges Angebot von pädagogischem und praxisbezogenem Unterrichtsmaterial für die verschiedenen Lernfächer und Schulstufen.

Die von SNE und FEDUSE ausgetragene LuxDidac gilt als unumgänglicher Termin zum Schulanfang mit dem Ziel, den Schulen praxistaugliches Unterrichtsmaterial zur Verfügung zu stellen. Auch das Unterrichtsministerium lässt der LuxDidac ein ganz besonderes Augenmerk zukommen und nahm folglich auch dieses Jahr mit einem Stand des MENJE an der Ausstellung teil.

Besonders hervorzuheben sind die zahlreichen Workshops, die immer wieder während der LuxDidac stattfinden und die auch dieses Jahr auf ein Neues Anregungen zu einer moderneren und flexibleren Arbeits-



weise im Schulwesen gaben. Hier wurde beispielsweise ein Seminar zur Freiburger Rechtschreibschule angeboten, eine Methode, die eingesetzt werden kann, um den Kindern den Zugang zur Schriftsprache zu erleichtern und SchülerInnen mit Lese-Rechtschreibschwierigkeiten individuell zu fördern; im Workshop „Miteinander statt gegeneinander“ wurden derweil Ideen, Übungen und Feedbackformen gegen unkonzentriertes, störendes und

aggressives Verhalten vorgestellt. Jedes Jahr gehört auch eine Konferenz zu einem aktuellen Thema zur LuxDidac. In diesem Jahr referierte Dr. med. Mirriam Prieß zum Thema Burnout.

Mit einem Rundgang durch die Ausstellung und einem von der CGFP angebotenen Ehrenwein wurde die offizielle Eröffnungsfeier der diesjährigen LuxDidac beendet.

p.r.

Eine Frage, die Sie sich stellen sollten:

Was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von Einzelgruppierungen, ohne Kraft, ohne Gewicht, ausgeliefert, verschaukelt...

Die Probleme des öffentlichen Dienstes werden nicht durch Einzelgruppierungen gelöst, denen der Sinn für das Ganze, für die Gemeinschaft fehlt, und die den wahren Interessen der Staatsbeamten und -angestellten einen schlechten Dienst erweisen.

Denn was würde eine heillos zerstrittene öffentliche Funktion auf der gewerkschaftlichen Szene gegenüber den großen Verbänden und Blöcken des Privatsektors darstellen, für die die öffentlichen Bediensteten nur Ultrakorporatisten und Privilegierte sind?

Die öffentliche Funktion wäre zur Bedeutungslosigkeit degradiert – ein Schlachtfeld von sich gegenseitig überbietenden Einzelgruppierungen. Sie würde zum Spielball der parteipolitischen und ideologischen Auseinandersetzungen. Dem staatlichen Arbeitgeber hätte sie nichts entgegensetzen.

Die CGFP ist die vereinende Kraft, der gemeinsame Nenner aller Staatsbeamten und -angestellten und ihr gewerkschaftliches Zuhause. Eine Kraft, die den sozialen Besitzstand verteidigt und den Fortschritt gewährleistet.

Ja, was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

CGFP – die einzige gewerkschaftliche Kraft innerhalb der öffentlichen Funktion

Stop TTIP! Stop CETA!

Ein voller Erfolg war die von der Plattform TTIP, der die CGFP als Berufsverband aller öffentlichen Bediensteten angehört, organisierte Protestaktion gegen die Freihandelsabkommen CETA und TTIP, die am vergangenen 8. Oktober stattfand. Weit über 4.000 Menschen hatten den Weg ins hauptstädtische Bahnhofsviertel auf sich genommen, um sich zusammen in einem Protestzug zur Place Clairefontaine zu bewegen, wo in Ansprachen die Risiken dieser beiden Freihandelsabkommen noch einmal zusammengefasst wurden.

Tatsächlich verfolgten beide Abkommen nur ein Ziel, und zwar, sämtliche Barrieren für einen freien Handel der EU mit Kanada oder den USA abzubauen. Dadurch bestehe die Gefahr, dass die Qualität der hierzulande gehandelten Erzeugnisse und der Gesundheitsschutz abnehme, die Interessen von multinationalen Konzernen würden vor diejenigen der Verbraucher gestellt und auch die Rechte der Konsumenten würden in Frage gestellt. Weiterhin würden die europäischen demokratischen Werte sowie die sozialen und ökologischen Standards aufs Spiel gesetzt.

Und insbesondere den öffentlichen Dienst betreffend, würden durch CETA und TTIP die Grundlagen zur Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen geschaffen. Ein Umstand, dem die CGFP nicht tatenlos zusehen könne, aber nur geschlossen sei es möglich, etwas gegen diese Freihandelsabkommen zu unternehmen. **p.r.**



Vous avez changé d'adresse?



Alors n'oubliez pas de nous le faire savoir en renvoyant le talon-réponse ci-dessous à la
CGFP / 488, route de Longwy / L-1940 Luxembourg
ou en utilisant le formulaire électronique sous: www.cgfp.lu/Changement-adresse.html

Ancienne adresse

Nom:.....
Prénom:.....
No et rue:.....
Code postal:.....
Localité:.....

Nouvelle adresse

Nom:.....
Prénom:.....
No et rue:.....
Code postal:.....
Localité:.....

email:

Fragen der inneren und der äußeren Sicherheit

Wenn das Militär auf einmal Polizeiaufgaben übernimmt

Dass die Armeen im Laufe der Jahre stets neue Aufgaben wahrnehmen und sich somit immer wieder dem weltweiten Wandel anpassen mussten, darüber herrschte bei dem jüngsten von der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) unter dem Titel „cesi@noon“ organisierten Erfahrungsaustausch weitgehend Übereinstimmung. In Anwesenheit von CESI-Präsident Romain Wolff und unter der Leitung von CESI-Generalsekretär Klaus Heeger diskutierten vor einem interessierten Publikum Verteidigungsexperten aus Belgien, Deutschland und den Niederlanden über die Einbindung von nationalen Streitkräften in Angelegenheiten der inneren Sicherheit. An der am Hauptsitz der CESI in Brüssel äußerst konstruktiv geführten Debatte nahm auch der Vorsitzende von Euromil, der Dachorganisation von europäischen Militärverbänden, teil.

Einst hätten westliche Streitkräfte den Blick in erster Linie nach Osten gerichtet und seien auch insbesondere auf Bedrohungen, die von dort hätten ausgehen können, vorbereitet gewesen, hieß es eingangs. Erst mit dem Golfkrieg hätten westliche Armeen neue Aufgaben wahrnehmen müssen. Und nach und nach seien die Soldaten entsprechend geschult worden, um an weltweiten Militärmissionen teilzunehmen.

Insbesondere bei Einsätzen auf Haiti oder im Kongo beispielsweise sei nicht immer klar gewesen, ob die Armee nun Polizeiaufgaben oder militärische Missionen erfüllt habe. Die Soldaten seien auch nicht wegen ihrer Ausbildung herangezogen worden, sondern schlicht und ergreifend, weil nicht ausreichend Polizeikräfte zur Verfügung gestanden hätten.

Nun aber sei die westliche Welt einer neuen Bedrohung ausgesetzt, die „von fanatischen Muslimen“ ausgehe. Junge Menschen, die in westlichen Ländern geboren worden seien, würden radikalisiert und entschieden sich dazu, Polizisten oder „einfache Bürger“ zu gefährden und gegebenenfalls auch anzugreifen. Weil die Polizei allzu oft schnell an ihre Grenzen gekommen sei, habe die Politik in vielen europäischen Ländern beschlossen, militärisches Personal innerhalb des eigenen Landes einzusetzen, um öffentliche Plätze, Gebäude, öffentliche Einrichtungen, Flughäfen, Bahnhöfe oder andere strategische Punkte zu sichern, kurz: um Polizeiaufgaben zu erfüllen.

In erster Linie stelle sich dabei die Frage, ob das Militär überhaupt für solche Aufgaben geeignet sei, ob es über die richtige Ausbildung oder die entsprechende Ausrüstung verfüge. Und: Welche legalen Grundlagen regelten einen solchen Einsatz, insbesondere auch dann, wenn es nicht bei einer „einfachen Präsenz“ in den Straßen von Brüssel oder Paris bleibe, son-



dern zu einem regelrechten Eingreifen, erforderlichenfalls unter Einsatz von Waffen, käme.

Am niederländischen Beispiel jedenfalls wurde deutlich: Soldaten sind nicht dazu befugt, Festnahmen durchzuführen. Zwar könne die Polizei Soldaten zur Unterstützung beantragen. Eine Festnahme beispielsweise könne allerdings nur in Anwesenheit eines Polizeibeamten erfolgen. Und gerade aus diesem Grund seien gemeinsame Schulungen auch so entscheidend, nicht nur auf Führungsebene, sondern insbesondere auch zwischen den verschiedenen Einsatztruppen.

Im Nachbarland Belgien sehe die Gesetzgebung indes zwei unterschiedliche Bereiche von nationalen Einsätzen vor, in welche die Streitkräfte eingebunden werden könnten. Dazu zählten auf der einen Seite Schutzmaßnahmen („safety operations“), um auf unbeabsichtigte Schicksalsschläge zu reagieren, und auf der anderen Seite Sicherheitsaufgaben („security operations“) bei vorsätzlichen Katastrophen. Dabei arbeite das Militär stets unter derjenigen Autorität, die es herangezogen habe. Im Klartext: Erfülle das Militär polizeiliche Aufgaben, wirke es auch unter der Verantwortung des Polizeiministeriums.



Ähnlich wie in den Niederlanden seien die Kompetenzen der augenblicklich rund 1.800 Soldaten, die in Belgien Aufgaben der inneren Sicherheit wahrnehmen, streng geregelt. Nur ein Beispiel: Gepäckkontrollen an Flughäfen oder an Bahnhöfen könnten nur gemeinsam mit einem Polizeibeamten durchgeführt werden.

Ist die Armee überhaupt in der Lage, die innere Sicherheit zu gewährleisten, lautete eine im Laufe der Diskussionen immer wieder aufgeworfene Frage. In Deutschland beispielsweise sehe die Verfassung eine klare Trennung vor zwischen Fragen der inneren und der äußeren Sicherheit. Nichtsdestotrotz ließen sich unter bestimmten Voraussetzungen Angelegenheiten der inneren Sicherheit auf das Militär übertragen. Das sei allerdings nur im Ernstfall möglich – und selbst dann nur zeitlich begrenzt. Das Militär wirke immer nur unterstützend, und zwar dann, wenn die Polizei an ihre Grenzen stoße. Gewarnt wurde in diesem Zusammenhang aber auch vor einer „Überreaktion“ bezüglich des Einsatzes von Soldaten und Polizeibeamten, verfolgten die Terroristen doch gerade die Absicht, Sicherheitskräfte in großem Maße zu mobilisieren.

Den „absolut sicheren Flughafen“ könne man sich schon vorstellen, doch müssten Reisende dann schon etliche Tage vor ihrem Abflug am Flughafen eintreffen, brachte ein anderer Teilnehmer die Sache auf den Punkt. Ob wir das wollten, bleibe mehr als fraglich. Es gehe schlicht und ergreifend darum, hier die richtige Balance zu finden.

Die Kooperation zwischen der Armee und der Polizei zu verstärken, heiße nicht unbedingt, Aufgaben der einen Seite auf die andere zu übertragen. Kooperation bedeute in diesem Zusammenhang vielmehr, gemeinsame Schulungen durchzuführen und die unterschiedlichen Kulturen kennenzulernen, kurz: sich am Ende solcher gemeinsamen Missionen nicht mehr fremd zu sein, ganz nach dem Motto: „We come from a different world. We can do something together.“

s.h.



Sparen mit Spielraum

Die flexible Art, für Kinder vorzusorgen

Kinder haben Ansprüche. Und auch diese wachsen. Damit Sie die kleinen und großen Wünsche finanzieren können, sprechen Sie mit einem BHW Berater drüber. Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651

Die CGFP ist der BHW Bausparkpartner im Großherzogtum Luxemburg für den öffentlichen Dienst.



BHW Bausparkasse Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme, L-1468 Luxembourg Kirchberg, www.bhw.lu